



## **Mitbestimmen beim Ausbau der Energienetze – aus dem Blickwinkel der Bundesnetzagentur**

*Dr. Heinz-Juergen Scheid*

Der Erfolg großer Infrastrukturvorhaben hängt ganz entscheidend davon ab, dass Menschen, deren Lebensumfeld unmittelbar betroffen ist, auch die Möglichkeit haben, aktiv mit Einfluss auf die Projekte zu nehmen. Dies gilt gerade auch für den Bereich der Energieinfrastruktur, die im Zuge der Energiewende grundlegend umgebaut werden muss. Der umfassende und rasche Ausbau der Übertragungsnetze ist dabei von zentraler Bedeutung. Die Herausforderung liegt darin, in vertretbarer Zeit Entscheidungen zu treffen, die in einem möglichst transparenten Prozess vor Ort nachvollzogen werden können und ein möglichst hohes Maß an Akzeptanz finden.

Mit den geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen für einen beschleunigten Netzausbau kommt der Bundesnetzagentur eine ganz wichtige Rolle und damit verbunden auch ein hohes Maß an Verantwortung zu. Für die länderübergreifenden und grenzüberschreitenden Leitungsbauvorhaben liegen die Planungs- und Genehmigungsvorhaben komplett in einer Hand bei der Bundesnetzagentur, in einem ersten Schritt die Bundesfachplanung, vergleichbar mit der bisherigen Raumordnung und abschließend die Planfeststellung.

Vor dem Hintergrund ist es der Bundesnetzagentur sehr wichtig, die Öffentlichkeit, Institutionen und Verbände von Anfang an mit einzubeziehen und aktiv den Dialog zu suchen. Um eine möglichst breite Akzeptanz für den erforderlichen Netzausbau herzustellen, setzt die Bundesnetzagentur auf eine transparente Kommunikation, verständlich aufbereitete Informationen und einen offenen und fairen Meinungs austausch.

Bereits in den gesetzlichen Grundlagen zum Stromnetzausbau sind umfangreiche formale Beteiligungsschritte für die Öffentlichkeit verankert.

### **Gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung**

Bereits wenn der energiewirtschaftliche Bedarf für den Stromnetzausbau im Szenariorahmen ermittelt wird, hat die Öffentlichkeit die Möglichkeit, zu den Plänen der Übertragungsnetzbetreiber Stellung zu nehmen. Auch beim Netzentwicklungsplan Strom sind die Bürger/innen aufgefordert, Ihre Meinung einzubringen. Dieser Prozess wird jährlich neu aufgelegt. Anregungen der Öffentlichkeit und neue Entwicklungen und Erkenntnisse können so in das Verfahren integriert werden.



Abbildung 1: Gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsmöglichkeiten

Nach dem Inkrafttreten des Bundesbedarfsplangesetzes im Juli 2013 stehen voraussichtlich schon zum Ende des Jahres die ersten konkreten Verfahren der Bundesfachplanung an. Hier werden Trassenkorridore, das heißt 500 – 1 000 m breite Gebietsstreifen festgelegt, innerhalb derer später die konkreten Leitungstrassen verlaufen werden. In diesem Verfahrensschritt ist es wichtig, dass sich die Kommunen und die Bevölkerung vor Ort in den Prozess einbringen und ihre Einwendungen geltend machen. Die Länder haben die Möglichkeit, eigene Vorschläge für den Verlauf des Trassenkorridors einzubringen.

In der Planfeststellung werden schließlich die konkreten Leitungsverläufe festgelegt. Jedermann kann den Antrag mit allen Plänen und Unterlagen zu den Umweltauswirkungen einsehen und sich dazu äußern. Die eingehenden Stellungnahmen werden in einem Erörterungstermin mit den Beschwerdeführer/innen diskutiert, bevor die Entscheidung über das Vorhaben getroffen wird. Damit wird sichergestellt, dass die Öffentlichkeit in allen entscheidenden Verfahrensschritten informiert und aktiv eingebunden ist.

## Verständnis durch Information und Dialog

Die gesetzlichen Vorgaben alleine reichen aber nicht aus. Offene Gespräche und breit gefächerte Informationsangebote sind entscheidend, um den Bürgerinnen und Bürgern das komplexe Verfahren zu erklären. Nur mit dem ausreichenden Wissen können die Betroffenen Ihre Argumente überzeugend geltend machen, nur über den direkten Kontakt mit der Öffentlichkeit kann die Bundesnetzagentur Interessenskonflikte frühzeitig erkennen und nach geeigneten Lösungen vor Ort suchen.



Mit deutschlandweiten Veranstaltungen informiert die Bundesnetzagentur deshalb die Bürger/innen über die jährlichen Netzentwicklungspläne und sucht in fachspezifischen Veranstaltungen den Austausch mit Expert/innen aus den Bereichen Umwelt, Wissenschaft und Technik. Wichtig ist hierbei, dass die Veranstaltungen extern moderiert werden, so dass ein neutraler Akteur die Diskussion führt und eine konstruktive Arbeitsatmosphäre geschaffen wird.

Eine aktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Flyer und Broschüren sowie die Internetpräsenz [www.netzausbau.de](http://www.netzausbau.de) bieten detaillierte Hintergrundinformationen über die Planung, Genehmigung und Realisierung des Netzausbaus im Höchstspannungsbereich. Mit Filmen informiert die Bundesnetzagentur auf YouTube gezielt über Verfahrensschritte, Beteiligungsmöglichkeiten und Veranstaltungen. Auch der Twitter-Auftritt ermöglicht einen schnellen Dialog mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern.

Und die unmittelbare Reaktion der Menschen zeigt uns, dass der eingeschlagene Weg richtig ist: Viele Bürger/innen sind von den Informations- und Kommunikationswegen der Bundesnetzagentur positiv überrascht und beteiligen sich durch aktive Beiträge in unseren Veranstaltungen.

So wurden im vergangenen Jahr ca. 3.300 Stellungnahmen zum Netzentwicklungsplan und zum Umweltbericht abgegeben. Alle Stellungnahmen sind anonymisiert auf [www.netzausbau.de](http://www.netzausbau.de) abrufbar und nach Postleitzahlen sortiert. Es ist entscheidend, den Prozess mit den Einwendungen transparent nachvollziehbar zu machen. Allerdings ist auch wichtig, auf Grenzen hinzuweisen. Es wird keine perfekten Lösungen für den Netzausbau geben, die alle Betroffenen vor Ort zufrieden stellen werden. Ziel ist es aber, den bestmöglichen Kompromiss zu finden.

Der Umstieg auf die erneuerbaren Energien wird laut Umfragen von einer breiten Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger getragen. Gleichwohl gilt es, die konkret betroffenen Bürgerinnen und Bürger vor Ort beim hierfür notwendigen Ausbau der Energieinfrastruktur und besonders dem Ausbau der Höchstspannungsnetze mitzunehmen. Dies kann gelingen, wenn die damit verbundenen großen Herausforderungen gemeinsam angegangen werden. Die gesetzlichen Grundlagen hierfür sind mit dem Bundesbedarfsplangesetz geschaffen. Jetzt gilt es, die darin festgeschriebenen Leitungsbauvorhaben auch zügig zu realisieren und die Chancen der Energiewende positiv umzusetzen.

### Autor

---

**Dr. Heinz-Jürgen Scheid** ist Leiter des Aufgabenbereichs Netzausbau bei der Bundesnetzagentur. Zuvor war er als Unterabteilungsleiter beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie tätig. Aus der Tätigkeit als Leiter des Referats für Grundsatzfragen der Energiepolitik sowie als Hauptamtlicher Beigeordneter sind ihm die in seinem neuen Verantwortungsbereich aufkommenden Fragen der Energiewende und des Planungsrechts vertraut. Insbesondere die Aufgaben auf kommunaler Ebene erfordern ein gutes Gespür für die Belange der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Die intensive Kommunikation mit allen Beteiligten bei der Netzausbaupla-



nung ist einer der Schwerpunkte seiner Aufgaben.

Nach einem Studium der Volkswirtschaftslehre und anschließender Promotion hat Dr. Scheid (Jahrgang 1957) unterschiedliche Funktionen im Bundeswirtschaftsministerium, beim Internationalen Währungsfonds, im Bundeskanzleramt und bei der Europäischen Zentralbank wahrgenommen. Zwischen 2000 und 2008 war er Hauptamtlicher Beigeordneter des Landkreises Neuwied und als Dezernent u.a. für Wirtschaft und Verkehr, Landesplanung, Umwelt- und Abfallwirtschaft zuständig. Von Oktober 2008 bis März 2011 war er im Bundeswirtschaftsministerium mit Grundsatzfragen der Energiepolitik befasst und dort maßgeblich am Energiekonzept der Bundesregierung beteiligt, zuletzt als Leiter der Unterabteilung Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik.

### **Kontakt**

Dr. Heinz-Juergen Scheid  
Bundesnetzagentur für Elektrizität,  
Gas, Telekommunikation,  
Post und Eisenbahnen  
Tulpenfeld 4  
53113 Bonn  
Tel.: 0228/14-5501 (Vorzimmer)  
E-Mail: [tatjana.lauer@bnetza.de](mailto:tatjana.lauer@bnetza.de) (Vorzimmer)

### **Redaktion eNewsletter**

---

Stiftung MITARBEIT  
Netzwerk Bürgerbeteiligung  
Redaktion eNewsletter  
Ellerstraße 67  
53119 Bonn  
E-Mail: [newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de](mailto:newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de)